

# Durch ein Nein zur EU-Verfassung die Regierung abwählen?

## Das gefährliche Spiel der Herren Juncker, Bodry und Co

Am 10. Juli 2005 wird das Luxemburger Volk per Referendum über die EU-Verfassung befinden.

Ein Nein des Luxemburger Volkes hätte verheerende Folgen für die Zukunft Europas!

Desto mehr versuchen führende Luxemburger Politiker die Luxemburger unter Druck zu setzen. Und liegen dabei taktisch völlig falsch. Eigentlich kaum annehmbar von zwei so erfahrenen Politikern wie Juncker und Bodry, deren Karriere bis dato steil aufwärts ging. Immerhin haben es Jean-Claude Juncker zum „Premier“ und Alex Bodry zum Düsselinger Bürgermeister gebracht.

Desto unverständlicher ist, dass beide Politiker sehr klug zu handeln glauben. Doch in Wahrheit düpierten sie mit ihren vorläufigen Erklärungen – wie nie zuvor in der jüngsten Geschichte Luxemburgs – das einheimische Volk.

Beginnen wir mit dem Luxemburger Premierminister.

Er ist es nämlich gewesen, der bereits zu Jahresbeginn großtueischer angekündigt hat, dass er gewillt ist, bei dem Referendum über die EU-Verfassung aus einem ablehnenden Votum die politische Konsequenz zu ziehen. Wer so spricht, hat bereits ein „Nein“ in sein politisches Kalkül mit einbezogen. Dennoch keine Bange. Für einen Juncker gibt es schließlich hoch dotierte internationale Posten wie Sand am Meer!

Der LSAP-Vorsitzende, Alex Bodry, geht noch einen Schritt weiter. Denn wichtigertuierisch wie er nun einmal ist, kündigt er – aus dem Stegreif heraus – im Falle einer Ablehnung Neuwahlen an. Ein Knopfdruck aus Düsselingen am frühen Morgen des 11. Juli 2005, und schon löst der Großherzog das Parlament auf. Bekanntlich ist Herr Bodry derzeit der absolute „King“ in Düsselingen. Geduldig kann er auf noch bessere Zeiten hoffen. So auch als LSAP-Spitzenkandidat bei Neuwahlen!

Da die beiden Herren nicht aus Dumbach sind, ist es desto bedau-

erlicher, dass ihnen eine gehörige Portion an politischer Kultur, „made in Helvetia“ fehlt! Würden nämlich in der Schweiz die politischen Kräfte, angefangen von den Gemeinderäten über die Kantonalregierungen bis zur Bundesregierung, bei jedem negativen Ausgang einer Volksbefragung, demissionieren, dann würde die helvetische Konföderation von einer politischen Krise in die andere schlüpfen. Was freilich in einem Land wie das der Schweiz, wo die Stimme des kleinen Fußvolkes noch ernst genommen wird, keineswegs der Fall ist. Insbesondere auch, da sich nach Schweizer Demokratieverständnis die Exekutive stets aus Vertretern der großen Parteien zusammensetzt!

Abgesehen von diesen Überlegungen sind die vorgenannten Drohungen an die Adresse des Luxemburger Volkes ein sehr gefährliches Wagnis. Fern von jeglicher politischer Klugheit, ja von Vernunft! Denn so, wie die Herren Juncker und Bodry das Volk auf das Referendum vorbereiten, wäre ein Nein zur EU-Verfassung einerseits ein exzellenter Dienst an das Land Luxemburg (das eine bessere Regierung verdient), andererseits aber ein sehr schlechter Dienst an die Institution Europa!

Dabei müssten besagte Politiker sehr wohl wissen, dass sich das politisch sehr reife Luxemburger Volk nicht gerne unter Druck setzen lässt. Insbesondere von einer LSAP, die bereits längst vergessen hat, was sie vor einem Jahr, angesichts der bevorstehenden Legislativwahlen, dem Volk an Wohltaten versprochen hat. Versprechen, die freilich wehklagend im schwarzen Rauch der CSV-Küchenchefs zu Himmel stiegen. Es ist nun einmal so angehen, von Herrn Juncker als Sozi liebevoll gehätschelt und getätschelt zu werden. Hier und da als ganz großer Junge eine Kabinettsitzung zu leiten. Indessen der „Premier“, dem die Aussenpolitik so sehr ans Herz gewachsen ist, auf Reisen ist. Und der CSV-Kooperationsminister in aller Welt mit dem so schönen Lied „Junge kommt bald wieder“ verabschiedet wird. Derweil

der Außenminister – arm wie eine Kirchenmaus – die Völker im nahen Osten auf bessere Zeiten vertröstet!

Das mündige Luxemburger Volk – bestens inspiriert durch den Düsselinger Bürgermeister – hätte so auch die einzigartige Gelegenheit in der Hand, durch ein Nein zur EU-Verfassung Neuwahlen in Luxemburg zu provozieren. Zur Genugtuung gar vieler Bürgerinnen und Bürger, denen längst die Augen aufgegangen sind. Die sich folglich nie und nimmer verzeihen können, bei den Wahlen von Juni 2004 anstatt DP, CSV oder gar LSAP, gewählt zu haben.

Demnach ein sehr gefährliches von CSV und LSAP inszeniertes Spiel!

In jedem Fall täten die LSAP-Minister gut daran, in dankbarer Erinnerung an die Ankündigungen ihres Parteipräsidenten, so früh wie nur möglich ihre Büros zu räumen. Dagegen ist zu befürchten, dass die CSV-Minister mit Hilfe der „Weißen Magie“ die Wähler derart zu beeinflussen versuchen, dass sie – Gott sei es geklagt – mit dem Ausbau ihrer Machtpositionen durch-aus rechnen könnten.

Es ist freilich nicht ausgeschlossen, dass in Zeiten höchster Bedrängnis Herr Bodry letztlich doch zu Raison kommen wird. Und mit dem Engel Rehael im Psalm 30, 11 zu beten beginnt: „Höre uns, Herr, sei uns gnädig! Herr sei du unser Helfer“. Und so auch im frommen Gebet zur klugen Einsicht kommen, dass es weit besser ist, dem Volk zu erklären, was in der EU-Verfassung steht, anstatt diesem mit Neuwahlen zu drohen.

Armes Volk! Über deine eigene nationale Verfassung wurdest du nie um Rat gefragt!

Jetzt sollst du in wenigen Monaten eine EU-Verfassung befinden!

Wäre es nicht an der Zeit, dem Volke elementare Kenntnisse über das Luxemburger Grundgesetz zu vermitteln? Das wir so hochtrabend „Konstitution“ nennen. Auch in die

Geheimnisse einzuweißen, wie elementare Bürgerrechte durch fein ausgekügelte Zusätze, sowie durch vollendete Tatsachen, auf ein Minimum reduziert werden können.

Wollen wir etwa ein freies Europa nach französischem Rezept „à la Schengen“? Mit Schikanen – wie z.B. an dem Grenzübergang auf der Autobahn von Düsselingen nach Thionville – die an Zeiten nach 1818 erinnern! Mit Jagd auf Jugendliche, die angeblich Drogen von Holland über Luxemburg nach Frankreich schmuggeln. Und nicht zu guter Letzt, um brave französische Bürger einzuschüchtern, Einkäufe in Luxemburg zu tätigen!

Ja, wie steht es mit den Rechten der europäischen Bürger in der EU-Verfassung?

Können diese, wie im Vertrag von Schengen, nach Gutdünken einzelner Länder zeitweilig außer Kraft gesetzt werden? Was wird Europa den einzelnen Bürgern kosten? Wird der Unsinns des gleichzeitigen Kandidierens für ein nationales und das EU-Parlament ein Ende haben? Wird sich die Brüsseler Bürokratie endlich einer Sprache bedienen, die von der Mehrheit der Bürger Europas verstanden wird? Werden in der EU-Kommission die Technokraten weiterhin das Sagen haben? Vielfach an den Bedürfnissen der Bürger vorbei regieren? Wie ist es möglich, dass die Interessen der Arbeitnehmer der begierigen Sucht nach immer größerem Profit untergeordnet sind? Anstatt soziale Marktwirtschaft und Humanisierung des Arbeitsplatzes erbarungslos Ausbeutung des einzelnen Bürgers? Älteren Arbeitnehmern das Recht auf Kündigungsschutz absprechen? Mittelständliche Betriebe durch eine zu hohe Steuerlast ruinieren? Die Nitrate im Trinkwasser so hoch ansetzen, dass ohne weiteres aus Spüle „Trinkwasser“ gewonnen werden kann.

Darum auch den Müttern angeraten wird, teures Mineralwasser für die Babyahrung zu kaufen. Übrigens: Solle nicht nur in Luxemburg, sondern in sämtlichen Staaten Europas,

den Familien angeraten werden, sich eine eigene Trinkwasseraufbereitungsanlage, nebst Laboratorium, anzuschaffen? Anstatt tot zu sein, bevor staatliche Dienststellen mit brauchbaren Analysen aufwarten.

Kann sich der Bürger gegen europäische Willkür zur Wehr setzen? Ja, inwieweit kann er in einer Klage vor dem europäischen Gerichtshof auf finanzielle Hilfe für Anwaltskosten rechnen?

Und wird Europa auf die wenigen den kleinen Mitgliedsländern zugestanden Stimmen hören?

Fragen auf Fragen, die wir endlos fortsetzen könnten! Auf die die Bürger Luxemburgs desto mehr eine Antwort erwarten!

Auf viele unserer Fragen werden wir sonder Zweifel die banale Antwort erhalten: Das ist nicht Gegenstand der Verfassung. Wie sollte es auch anders sein in einer so eigenartigen europäischen Demokratie, in der das Volk über eine Verfassung befindet soll, ohne irgendwelche Konsultierung in der Vorbereitungsphase.

So wird die Stimmabgabe am kommenden 10. Juli letztlich nur ein Votum für oder gegen Europa sein! Ohne wirklichen Bezug des Volkes zur EU-Verfassung. Ähnlich sind die in anderen Mitgliedstaaten vorgesehene Volksbefragungen zu bewerten!

Dass dem so ist, darüber sollten wir nicht allzu traurig sein. Denn trotz eines verbesserungsfähigen EU-Europas ist jedes Votum für die Verfassung eine äußerst wichtige Stimme für ein Zusammenleben der Völker Europas in Frieden und Freiheit.

Nach zwei Weltkriegen, sowie der teilweise Ausrottung von Völkern aus politischen, ethnischen und religiösen Gründen, eine bessere Welt für unsere Kinder und Kindeskin-der!

Henri Schumacher